

A7 Demokratieförderung durch politische Bildung

Antragsteller*in: Laslo Erik Ruhberg

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Änderungsanträge

A7-036: Jaron Immer

A7-010: Lovis Eichhorn

A7-021: Baldur Patzel

Antragstext

Die vergangenen Jahre zeigen ein besorgniserregendes Erstarken demokratiefeindlicher Strukturen über weite Teile des politischen und gesellschaftlichen Spektrums hinweg. Als Grüne Jugend Baden-Württemberg stellen wir uns dieser Bewegung entschlossen und vorausschauend entgegen.

Ein zentraler Schlüssel hierfür ist politische Bildung. Die Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern sie sichert unser aller Menschenrechte und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb müssen wir sie nicht nur schützen, sondern aktiv stärken, vermitteln und für die Vielen im Land erlebbar machen!

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine verbesserte Finanzierung der Landeszentrale für politische Bildung ~~und die Einführung regelmäßiger, verpflichtender Workshops an Schulen zur Demokratieförderung. Die Bildungsangebote~~^[A7-010]. Neben einem verpflichtenden Politikunterricht, ab Klassenstufe 7, in allen Schulen und einer Klassenratsstunde die in den Klassen 5 und 6 eingeführt werden soll, fordern wir auch, dass Demokratische Strukturen in Schulen durch geeignete Änderungen des Schulgesetzes und gezielte Weiterbildung von Lehrkräften und insbesondere Schulleitungen gestärkt werden. Der Unterricht und weitere Bildungsangebote, wie Workshops^[A7-010] sollen sich spezifisch mit aktuellen Bedrohungen für die Demokratie auseinandersetzen und junge Menschen befähigen, diese zu erkennen und ihnen entgegenzutreten.

Wir identifizieren drei zentrale Gefährdungsbereiche in Deutschland für unser demokratisch freiheitliches Weltbild:

1. Gezielte Desinformation und Einflussnahme

Demokratische Diskurse werden zunehmend durch gezielt verbreitete Falschinformationen untergraben, oft getrieben durch finanzstarke Netzwerke oder Einzelakteur*innen wie Tech-Gründern, Investoren und Plattformbetreibern. ~~Diese 'Elite' nutzt~~_[A7-021] Wir sehen, dass Teile dieser Gruppe versuchen_[A7-021] ihre wirtschaftliche und algorithmische Macht zu nutzen_[A7-021], um die_[A7-021] öffentliche Meinungsbildung in ihrem Interesse_[A7-021] zu ~~steuern~~_[A7-021] beeinflussen_[A7-021], auch über Ländergrenzen hinaus. Weiterhin, priorisieren_[A7-021] Plattformen, die von einer kleinen Gruppe von Entscheidern kontrolliert werden, ~~priorisieren oft~~_[A7-021] Profit über gesellschaftliche Verantwortung und erlauben das politische Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander. Wie bereits 2017, wo Facebook Algorithmen wohl die unmenschliche Gewalt im Genozid gegen die Rohingya in Myanmar bestärkt haben_[A7-021].

2. Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Rechtsextreme Ideologien gewinnen an Sichtbarkeit und Einfluss. Sie basieren auf Ausgrenzung, völkischem Denken und der Abwertung von Minderheiten und gefährden damit unmittelbar die Grundlagen unserer offenen Gesellschaft. Zudem arbeiten sie auf die direkte und indirekte Sabotage von demokratischen Strukturen hin.

3. Religiöser Extremismus und Feindlichkeit gegenüber Religionen

Das Erstarken von religiösem Fundamentalismus, sowohl christlicher Natur, als auch der Islamismus, stellt eine ernsthafte und zunehmend verbreitete Bedrohung dar. ~~Religiöser fundamentalismus geht häufig mit wachsendem Antisemitismus einher, der in Deutschland nachweislich wieder deutlich zunimmt~~_[A7-036] Antisemitismus nimmt in Deutschland nachweislich wieder deutlich zu, sowohl in religiös-fundamentalen als auch in rechtsextremen Milieus_[A7-036]. Gleichzeitig gibt es in Deutschland einen gleichmäßig verteilten, wachsenden und inakzeptablen Anteil an Muslimfeindlichkeit (siehe [MOTRA-Monitor 2024/2025](#)).

Diese Entwicklungen bedrohen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, unter anderem durch die zumeist mit einhergehenden rassistischen Vorurteilen. Ihnen muss daher konsequent durch eine umfassende, moderne und zielgerichtete politische Bildung begegnet werden.

Einfache Sprache

In den letzten Jahren wachsen demokratiefeindliche Kräfte in Politik und Gesellschaft. Die Grüne Jugend Baden-Württemberg stellt sich dem entschlossen entgegen. Ein wichtiger Baustein ist politische Bildung: Demokratie muss aktiv gelebt und verteidigt werden. Sie schützt unser Leben, Rechte und den Zusammenhalt. Unsere Forderungen sind: Mehr Geld für die Landeszentrale für politische Bildung und verpflichtende Workshops an Schulen, die junge Menschen befähigen, Bedrohungen der Demokratie zu erkennen und dagegen vorzugehen.

Drei zentrale Gefahren für die Demokratie:

1. Falschinformationen und Machtmissbrauch

Eine kleine Gruppe aus Tech-Milliardären, Investoren und Plattform-Chefs nutzt ihre Macht, um mit gezielten Lügen und Algorithmen die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Sie stellen Profit über Verantwortung und spalten Gesellschaften, oft über Ländergrenzen hinweg.

2. Rechtsextremismus und Hass

Rechtsextreme Einstellungen verbreiten sich: Sie hetzen gegen Menschen, verbreiten völkisches Denken und greifen demokratische Strukturen und unsere Gesellschaft an.

3. Religiöser Extremismus aber auch Feindlichkeit gegen Religion

Sowohl extreme Auslegungen des Christentums, als auch extreme Auslegungen des Islams, sogenannter Islamismus, bedrohen unsere offene Gesellschaft durch zunehmende Verbreitung. Gleichzeitig steigen Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit welches ein gutes Miteinander mit freier Religionsentfaltung erschwert ([MOTRA-Monitor 2024/25](#)).

Mit moderner politischer Bildung setzen wir uns klar gegen diese Entwicklungen ein, für eine starke, gemeinsame und demokratische Gesellschaft.

Begründung

In den vergangenen Jahren haben wir eine starke Zunahme von extremistischen und rechten, bzw. autoritären Positionen in der Gesellschaft erleben können. Die kürzlich veröffentlichte MOTRA-Monitor 2024/2025 Studie - im Folgenden teilweise zitiert - welche vom Bundeskriminalamt koordiniert wurde, beschäftigt sich mit extremistischen Strömungen in Deutschland und unterlegt dieses Gefühl.

So warnt diese Studie vor einer Zunahme von extremistischen Strömungen: Sie zeigt

eine Zunahme von 'demokratiedistanter' Einstellungen, gerade bei jungen Menschen, auf. Sie warnt zudem vor einer fehlenden Beachtung von 'extremistischen Tendenzen in evangelikalen christlichen Strömungen', und belegt eine Zunahme von latenter und manifester 'islamismusaffiner Einstellungen'. Gleichzeitig zeigt die Studie, dass der Anteil an Muslimfeindlichkeit in gesamt-Deutschland auf ein neues Hoch gestiegen ist.

All diese Punkte zeigen, dass unsere Gesellschaft auf die neuen auftretenden Probleme hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht vorbereitet ist. Dies muss nachgebessert werden, weswegen eine verbesserte Finanzierung der Landeszentrale für politische Bildung und Programme wie etwa die obig beschriebenen verpflichtenden Bildungsangebote imperativ sind.

Weiterhin gehen laut der Studie Experten davon aus, dass die Radikalisierung von Jugendlichen (zumindest auf den Nahostkonflikt bezogen) mit fehlende Diskursräumen und einem Gefühl des nicht-ernstgenommen-werdens einhergeht. Letztlich weist die Studie auch auf das öffentliche Framing hin, in welchem vorrangig Männer als treibende Kraft in extremistischen Bewegung dargestellt werden und folgert bezogen auf die Statistik, dass 'Für die Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit [es] darüber hinaus insbesondere wichtig [ist], Frauen als Akteur:innen ernst zu nehmen'. Es ist somit ein interessanter Punkt der Studie, dass die agierenden Kräfte hinter zunehmendem Extremismus oft einen ähnlichen Anteil bei Männern und Frauen aufweisen.